



Ausgabe Mai 2026

SVP konkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch



Dein Ja zur «Keine 10-Millionen-Schweiz» schützt unsere Heimat



ZUWANDERUNG STEUERN – FÜR EINE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT



FRAGEN AN SVP-PRÄSIDENT MARCEL DETTLING



UNTERBELEGTE EIGENHEIME: BUNDESRAT WILL OPTIMIEREN



ZUWANDERUNG STEUERN – FÜR EINE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT

Weitere nationale und kantonale Vorlagen kommen am 14. Juni 2026 zur Abstimmung

Die SVP Kanton Luzern setzt im Hinblick auf die Abstimmung vom 14. Juni 2026 einen klaren Schwerpunkt auf die eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Kantonalpräsident Martin Wicki machte deutlich, dass das starke Bevölkerungswachstum zunehmend zu Wohnungsnot und spürbaren Belastungen führt. Auch Regierungsrat Armin Hartmann unterstrich die wachsenden Herausforderungen und rief dazu auf, politisch aktiv zu werden.

Im Zentrum steht die Frage, wie stark die Schweiz ihr Bevölkerungswachstum künftig selbst steuern will. Die Initiative verlangt, dass bei 9,5 Millionen Einwohnern verbindliche Massnahmen ergriffen werden, damit die Bevölkerung langfristig unter zehn Millionen bleibt. Für die SVP geht es dabei nicht um Abschottung, sondern um eine eigenständige und gezielte Steuerung der Zuwanderung. Nationalrat Franz Grüter wies darauf hin, dass die Auswirkungen der unkontrollierten Zuwanderung bereits heute deutlich spürbar sind. Steigende Mieten, überlastete Infrastrukturen und wachsender Druck auf Sozialwerke prägen den Alltag vieler Menschen. Gleich-


zeitig kritisierte er, dass der Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative von 2014 nicht konsequent umgesetzt wurde. Er stellte zudem fest, dass in Bern in dieser Frage kaum Gesprächsbereitschaft bestehe und stattdessen in Bundesbern immer neue und teils weitreichende Ideen und Vorschläge kursierten, während die zentrale Frage der Steuerung der Zuwanderung bewusst ausgeklammert werde.

Die Initiative setzt bewusst auf einen klar definierten Schwellenwert und fordert keine radikalen Einschnitte, sondern eine gezielte Steuerung. Aus Sicht der SVP ist entscheidend, dass die Schweiz wieder selbst bestimmt, wie

viele Menschen ins Land kommen. Wachstum soll in geordnete Bahnen gelenkt werden, um die Lebensqualität, die Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen langfristig zu sichern.

Neben der Zuwanderungsfrage standen auch die weiteren nationalen und kantonalen Vorlagen im Fokus. Zur Änderung des Zivildienstgesetzes betonte Nationalrätin Vroni Thalmann, dass der Zivildienst zunehmend als einfache Alternative zum Militärdienst genutzt werde und seine ursprüngliche Funktion verliere. Die SVP sieht in strengeren Regeln eine notwendige Korrektur zur Stärkung der Wehrgerechtigkeit und der Armee. Sie argumentiert, dass eine hohe Zahl an Wechseln in den Zivildienst die Einsatzfähigkeit der Armee konkret schwächt und langfristig die Verteidigungsfähigkeit gefährdet. Zudem würden falsche Anreize gesetzt, wenn der Zivildienst als bequemer Ausweg wahrgenommen werde. Ziel sei es deshalb, den Zivildienst wieder klar als Ausnahme für echte Gewissenskonflikte zu positionieren und das Gleichgewicht zwischen den beiden Dienstformen wiederherzustellen. Die Delegierten unterstützten diese Linie klar und fassten die Ja-Parole.

Beim geplanten Kauf der Liegenschaft an der Würzenbachstrasse für das neue Kantonsgericht stellte Kantonsrat Bernhard Steiner die finanziellen und strategischen Überlegungen in den Vordergrund. Trotz bestehender Bedenken überwog die Einschätzung, dass eine funktionierende Justizinfrastruktur notwendig ist, weshalb auch hier mehrheitlich die Ja-Parole beschlossen wurde. Gleichzeitig bleibt die Vorlage aus Sicht der SVP mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, insbesondere aufgrund der nicht abschliessend bezifferbaren Folgekosten für Umbau und Erweiterung. Kritisch beurteilt wird zudem, dass ein früher lanciertes Bieterverfahren durch einen ehemaligen Regierungsrat die Preise in die Höhe getrieben haben dürfte und den Kanton nun mehrere Millionen Franken zusätzlich kostet. Solche Vorgehensweisen werfen Fragen auf und sind aus Sicht der SVP politisch wie finanziell äusserst unschön. Gerade in Zeiten, in denen Bevölkerung und Unternehmen zum Sparen angehalten werden, sei ein besonders sorgfältiger und transparenter Umgang mit Steuergeldern unerlässlich. red. ●



„ AUS SICHT DER SVP IST ENTSCHEIDEND, DASS DIE SCHWEIZ WIEDER SELBST BESTIMMT, WIE VIELE MENSCHEN INS LAND KOMMEN. »



NACHGEFRAGT BEI SVP-PRÄSIDENT MARCEL DETTLING

Marcel Dettling, hat diese Nachhaltigkeits-Initiative einen direkten Zusammenhang mit der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative von 2014?

Die Masseneinwanderungsinitiative wurde bis heute nicht umgesetzt, was einen klaren Verfassungsbruch darstellt. Deshalb haben wir heute auch einen desolaten Zustand bei den Mieten, der Kriminalität, der Kultur, dem Kulturlandverlust, dem Dichtestress und vielem mehr.

Die Schweiz ist ein kleines Land, der Platz ist begrenzt. Da geht es nicht auf, wenn jedes Jahr 80 000 bis 100 000 Menschen zusätzlich in unser Land hineinströmen.

Was siehst du heute, rund zwölf Jahre später, konkret für Konsequenzen, dass dieser Volksentscheid nicht umgesetzt wurde?

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich dramatisch zugespitzt, obwohl wir viele Wohnungen bauen. Auch die Lage im Verkehr hat sich verschärft. Die Stautunden haben sich in den letzten 20 Jahren versiebenfacht.

Die Kriminalität steigt stark an, insbesondere bei schweren Delikten wie Vergewaltigungen und schwerer Körperverletzung. Jeder vierte Täter ist ein Asylant oder jemand, der gar nicht in der Schweiz sein dürfte.

»**WOHNUNGSMARKT, KRIMINALITÄT, SCHULEN – ÜBERALL WIRKT SICH DIE MASSLOSE ZUWANDERUNG NEGATIV AUS.»**

Parteipräsident Marcel Dettling, SVP Nationalrat SZ

Auch in den Schulen wirkt sich die masslose Zuwanderung deutlich aus. Die schulischen Leistungen nehmen ab, obwohl wir immer mehr Geld für die Bildung ausgeben.

Und zu guter Letzt wird unsere Heimat zunehmend verbaut. Jede Sekunde wird in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Land verbaut. Das alles geht so nicht mehr auf.

Die Gegner reden von Fachkräftemangel im Gastrogewerbe, Gesundheitswesen und in der Baubranche. Wie würde die SVP reagieren, wenn die Schweiz wieder mitbestimmen könnte, welche Berufsgattungen gezielt einwandern dürfen?

Die massive, überbordende Zuwanderung hat den Fachkräftemangel noch verschärft. Denn von 100'000 Zuwanderern sind nur gut 50 Prozent erwerbstätig, und lediglich rund 10 Prozent arbeiten in einem Beruf, in dem in der Schweiz Fachkräftemangel herrscht. Gleichzeitig gibt es in der Schweiz mittlerweile über 150 000 Arbeitslose, davon etwa die Hälfte Ausländer.

Mit der Initiative wollen wir die masslose Zuwanderung abbremsen, zunächst insbesondere im Asylbereich. Gleichzeitig können mit der Initiative weiterhin knapp 40 000 Fachkräfte in die Schweiz kommen. Der entscheidende Punkt ist jedoch, dass wir wieder selbst darüber bestimmen können.

Was bedeutet die 10-Millionen-Schweiz konkret für den Alltag der Menschen, und was würde sich bei einer Annahme der Initiative spürbar verändern?

Mit der Initiative wird die übermässige Zuwanderung der letzten Jahre mit einem Nettozuzug von 80 000 bis 100 000 Personen deutlich gebremst. Das entschärft die Situation auf dem Wohnungsmarkt spürbar. Weniger Zuwanderung bedeutet auch weniger Verbauung unserer Heimat sowie weniger Autos und damit eine geringere Zunahme des Verkehrs.

Weniger Zuwanderung heisst zudem weniger «Multikulti» in den Schulen. Eine massvolle Zuwanderung wird sich auch auf die Kriminalität auswirken, da mit der Initiative insbesondere der Asylbereich eingeschränkt werden soll.

Die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» wirkt sich damit auf nahezu alle Lebensbereiche aus. Ziel ist mehr Schweiz, mehr Heimat und mehr Selbstbestimmung, insbesondere in der Zuwanderungspolitik.

red. ●

TOURISTEN UNERWÜNSCHT, ABER ZUWANDERUNG OHNE GRENZEN?

Die SP-Initiative zur Begrenzung der Hotelbetten in der Stadt Luzern ist ein Paradebeispiel für kurzfristige und wirtschaftsfeindliche Politik. Statt die Wertschöpfung durch den Tourismus zu stärken, soll ein funktionierender Wirtschaftszweig künstlich gedeckelt werden. Hotels bringen Gäste, Gäste bringen Einnahmen für das Gewerbe, die Gastronomie und letztlich auch für die öffentliche Hand. Wer hier begrenzt, verzichtet bewusst auf Wohlstand.

„WÄHREND DIE SP IM TOURISMUS KLARE GRENZEN SETZEN WILL, LEHNT SIE BEI DER DAUERHAFTEN ZUWANDERUNG JEGliche BEGRENZUNG AB.“



Luzerner SP in Schiefelage: Initiative fordert die Begrenzung der Hotelbetten, aber keine Massnahmen bei der dauerhaften Zuwanderung.

Besonders widersprüchlich wird es im Vergleich zur Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bei der Zuwanderung. Während man bei Hotelgästen, also Menschen, die Geld ins Land bringen, hier konsumieren und danach wieder abreisen, plötzlich Grenzen setzen will, lehnt man bei der dauerhaften Zuwanderung jegliche Begrenzung ab. Genau hier zeigt sich die ideologische Schiefelage.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», wie sie von der Schweizerischen Volkspartei vertreten wird, setzt dort an, wo die tatsächlichen Herausforderungen liegen, bei der langfristigen Belastung von Infrastruktur,

Wohnraum, Sozialwerken und Sicherheit. Es geht um Menschen, die bleiben, Wohnraum beanspruchen, Schulen füllen und das Verkehrssystem zusätzlich belasten. Hier fordert die SVP eine Steuerung, nicht aus Abschottung, sondern aus Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Die SP hingegen sendet ein absurdes Signal. Wertschöpfende Kurzzeitgäste sollen reduziert werden, während man bei Zuwanderung, die das System dauerhaft belastet, keinerlei Grenzen setzen will. Im Gegenzug sollen für Personen, die Sozialwerke überproportional beanspruchen, die Zugänge weiter geöffnet bleiben.

Für den normalen Bürger ist das schwer nachvollziehbar. Wer zahlt am Ende die Rechnung? Es sind die arbeitenden Menschen, die über Steuern und Abgaben sowohl die wachsende Infrastruktur als auch steigende Sozialkosten finanzieren müssen. Gleichzeitig verzichtet man freiwillig auf Einnahmen aus dem Tourismus.

Die SVP setzt hier bewusst einen Kontrapunkt. Ja zu einer starken Wirtschaft, ja zu Tourismus und Wertschöpfung, aber auch ja zu einer kontrollierten Zuwanderung, die unser Land nicht überfordert. Alles andere ist weder sozial noch nachhaltig, sondern schlicht verantwortungslos. red. ●

IST DAS DIE ANTWORT DES BUNDESRATS? EIGENHEIME IM VISIER, STATT ECHETE LÖSUNGEN

Was derzeit aus Bundesbern zu hören ist, sorgt für Kopfschütteln. Gemäss Berichten rücken plötzlich die Eigenheime der Babyboomer ins Zentrum politischer Überlegungen. Rund 300 000 Einfamilienhäuser gelten als unterbelegt, weil ältere Menschen oft alleine oder zu zweit darin wohnen. Anstatt jedoch die bekannten Ursachen der Wohnungsnot konsequent anzugehen, wird nun darüber diskutiert, wie bestehende private Häuser «besser genutzt» werden können.

Brisant wird diese Diskussion vor allem im aktuellen politischen Kontext. Während die Bevölkerung über die Folgen des starken Wachstums und die sogenannte 10-Millionen-Schweiz debattiert, scheint die Antwort aus Bundesbern in eine ganz andere Richtung zu gehen. Statt die Zuwanderung und deren Auswirkungen ehrlich zu thematisieren, richtet sich der Fokus plötzlich auf den bestehenden Wohnraum und damit auf die eigenen Bürger. Es stellt sich unweigerlich die Frage, ob dies nun die Antwort des Bundesrates auf die Sorgen der Bevölkerung ist. Die Häuser seien zu gross, nicht altersgerecht und würden wertvollen Wohnraum blockieren. Gleichzeitig herrsche Wohnungsknappheit, weshalb dieses Potenzial genutzt werden müsse. Doch hinter dieser technokratischen Sprache verbirgt sich eine brisante Entwicklung. Das Eigenheim, das über Jahrzehnte hinweg durch Arbeit, Verzicht und Verantwortung aufgebaut wurde, wird plötzlich zum Problem erklärt. Die Realität sieht anders aus. Viele ältere Eigentümer wollen bewusst in ihrem Zuhause

bleiben. Es ist ihr Lebensmittelpunkt, oft über Jahrzehnte gewachsen. Die Umzugsquote ist entsprechend tief. Gleichzeitig fehlen passende und bezahlbare Alternativen. Wer heute sein Haus verkaufen würde, findet kaum eine kleinere, erschwingliche Wohnung im gleichen Umfeld. Trotzdem wird nun darüber nachgedacht, wie man mehr Wohnraum aus diesen Grundstücken herausholen kann. Damit stellt sich eine grundsätzliche Frage: Seit wann entscheidet der Staat, wie viel Platz jemand haben darf? Die Wohnungsnot ist unbestritten, doch ihre Ursachen sind bekannt. Es wird zu wenig gebaut, die Vorschriften werden immer dichter und die Verfahren dauern zu lange. Hinzu kommt eine anhaltend hohe Zuwanderung, die den Druck zusätzlich erhöht. Genau hier läge der Hebel, wenn man die Situation wirklich entschärfen wollte. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass die Konsequenzen des Bevölkerungswachstums nicht an der Wurzel angegangen, sondern nach innen verschoben werden. Nicht die Politik soll sich anpassen, sondern die Eigen-



«Unterbelegung»: der Bundesrat zielt besonders auf selbstbewohnte Eigenheime älterer Menschen.

tümer. Nicht die Ursachen werden bekämpft, sondern die Auswirkungen umverteilt. Das ist der falsche Weg. Wer arbeitet, spart und sich ein Eigenheim schafft, darf nicht im Nachhinein zum Ziel politischer Experimente werden. Die Schweiz lebt von Eigenverantwortung und vom Schutz des Eigentums. Wenn dieses Prinzip aufgeweicht wird, ist Vorsicht geboten. Die entscheidende Frage bleibt deshalb, ob es wirklich die Aufgabe des Bundesrates ist, bestehende Wohnverhältnisse umzubauen, anstatt die strukturellen Probleme anzugehen oder ob dies schlicht als Ausweichmanöver dient, um der Debatte rund um die 10-Millionen-Schweiz auszuweichen. red. ●

++Öffentliche Veranstaltung zur Zukunft unserer Schweiz++

18.00 Uhr Türöffnung / Feines aus der SVP-Küche und diverse Getränke
19.30 Uhr Beginn der Veranstaltung



Samuel Lütolf
Kantonsrat SZ, Unternehmer und
Vizepräsident Team Freiheit

Marco Sieber
Unternehmer und Mitglied
Kompass Europa

Dr. Ulrich Schlüer
Alt Nationalrat und
Gründer der „Schweizerzeit“



Dienstag, 19. Mai 2026 Le Théâtre, Grand Salle
Rüeggisingerstrasse 20a, 6020 Emmen

Gratis Eintritt
Türkollekte
Freundlich ladet ein; SVP Emmen

14. Juni 2026

Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern

Kantonale Abstimmung
Wollen Sie dem bewilligten Sonderkredit von 18,5 Millionen Franken für den Kauf des Grundstücks an der Würzenbachstrasse 8 zustimmen? **JA**

Nationale Abstimmung
Wollen Sie die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» annehmen? **JA**

Wollen Sie die Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst annehmen? **JA**



AUS DEM WAHLKREIS HOCHDORF

Lieblicher Wein – legendäres Wetter – lebendiges Referat

Bei äusserst gepflegtem Ambiente, traumhaftem Abendwetter und gut besuchtem Anlass wurde die diesjährige Jahresversammlung im Weingut Klosterhof Aesch durchgeführt. Der offerierte Apéro mit Suppe und Wein wurde raffiniert präsentiert und mundend verzehrt. Inmitten der ordentlichen Traktanden hielt der Chefredaktor der Schweizerzeit, Anian Liebrand, sein Referat über EU-Rahmenabkommen, Ortsparteien sowie Drehwerk gewichtiger Abstimmungen. Prominente Besucher wie Nationalrätin Vroni Thalman rundeten die Publikumsvoten ab. Abgerundet wurde der Abend mit einer Führung und Degustation durch den Betriebsleiter Noel Huwiler.

Nadia Furrer-Britschgi,

Präsidentin SVP Wahlkreis Hochdorf ●



Gutbesuchte Jahresversammlung im Wahlkreis Hochdorf



Frisch gewählter Gemeinderat Ivo Müller in bester Gesellschaft. Foto Dani Holdener

ERFOLG FÜR DIE SVP REIDEN: IVO MÜLLER GEWÄHLT

«Zusammenarbeit und Konsensfindung» siegt über «alles kritisieren und schlecht reden». Die Reider Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich mit einem deutlichen Stimmresultat für das Erstere entschieden. Ivo Müller wird mit einem glanzvollen Resultat in den Gemeinderat von Reiden gewählt. An der Wahlfeier der SVP Reiden im Restaurant Moos, Reidermoos, konnte der Vizeparteipräsident, Kantonsrat Robi Arnold, eine grosse Anzahl Gäste begrüssen. So gratuliert er dem neugewählten Gemeinderat und noch SVP-Parteipräsidenten Ivo Müller zu seiner Wahl und bedauert gleichzeitig, dass dieser nun dieses Amt und gleichzeitig das Amt als Mitglied der Controlling-Kommission der Gemeinde Reiden abgeben wird. Ivo Müller hat sich jahrzehntelang im Hintergrund, in Vereinsarbeit, öffentlichen Kommissionen und politischer Parteiarbeit, eingesetzt. Die glanzvolle Wahl ist Lohn, aber gleichzeitig auch Auftrag für die Zukunft.

Alt Gemeinderat Bernhard Achermann freut sich als Gründerpräsident der SVP Richenthal, dass nach dreissig Jahren SVP Reiden zum

zweiten Mal zwei SVP-Vertreter im Gemeinderat tätig sind und wünscht seinem langjährigen Parteifreund möglichst viel Freude in seinem Amt. Ebenso gratuliert SVP-Wahlkreispräsident Andy Wandeler, Kantonsrat Zell, dem neugewählten Gemeinderat Ivo Müller, und dankt ihm für die langjährige Arbeit als Ortsparteipräsidenten im SVP-Wahlkreisvorstand Willisau.

Mit seiner persönlichen Ansprache bedankt sich der neugewählte Gemeinderat Ivo Müller bei allen Personen, die ihn unterstützt und gewählt haben. Er sei dankbar und freue sich über das klare Wahlergebnis. Dies bedeute, sich auch weiterhin für den Konsens und eine Zusammenarbeit im Interesse der Bevölkerung und der Gemeinde Reiden einzusetzen. Als Herausforderung sieht er, dass sich vermehrt junge Bürgerinnen und Bürger für die politischen und gesellschaftlichen Aufgaben der Gemeinde interessieren und sich engagieren. Die Wahlfeier entwickelte sich zu einem interessanten Informations- und Gedankenaustausch. Ein kleines, aber positives Signal für die Zukunft.

Bernhard Achermann ●

TERMINE

19.05.2026

Veranstaltung zur Zukunft unserer Schweiz, Le Théâtre, Grande Salle, Emmen

30.05.2026

Kadertagung SVP Kanton Luzern, Betagtenzentrum Emmenfeld, Emmen

14.06.2026

Eidg. und Kant. Abstimmung

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Konzept:

SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub

Redaktionsverantwortung:

SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch